Kreis Mettmann
Der Landrat

# Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 01/004/2023

**Kreisausschuss am 20.03.2023**

| | |
|---|---|
| **Zu Punkt 19:** | **Sozial- und Armutsbericht**<br>**Hier: Anregung vom 25.01.2023 gemäß § 21 KrO NRW i.V.m § 16 der Hauptsatzung des**<br>**Kreises Mettmann i.V.m. § 1 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung des Kreisjugendrates** |

Die Sprecherin des Kreisjugendrates, Nina Theberath, führt die Hintergründe und Grundlagen der Anregung aus.

Herr Kowalczyk erläutert, dass er das mit der Anregung verbundene Erkenntnisinteresse nachvollziehen könne. Der Fokus der Anregung und das Aufgabenspektrum des Kreises ließen sich jedoch nicht decken. Der Vergleich mit Städten wie München und Bottrop sei in Struktur und Aufgabenbreite nicht heranziehbar. Die dargestellten Kennziffern betreffen größtenteils rein städtische Zuständigkeiten, sodass dem Kreis weder die Datengrundlagen noch deren Deutungshoheit obliegen und folglich keine Maßnahmen zielgerichtet umsetzbar wären. Für ein Berichtswesen im Sinne der Anregung fehlten originäre Zuständigkeiten bzw. Durchgriffsrechte auf Datengrundlagen oder Interpretationsrechte bei mangelnden Zuständigkeiten (z.B. im Bereich der Jugendhilfe – der Kreis hat kein eigenes Jugendamt). Der Kreis habe somit keine Möglichkeit, geeignete Maßnahmen entwickeln und umsetzen zu können. Kurzum sei diese Anregung ein zu befürwortendes Vorhaben, allerdings seien die kreisangehörigen Städte und nicht der Kreis die richtigen Adressaten dafür.

KA Ernst berichtet von entsprechenden Diskussionen aus Monheim am Rhein, wo wiederum ausgeführt worden sei, dass dieses Vorhaben kein ‚Stadtthema' sei. Sie plädiert für eine fachliche Beratung im Sozialausschuss und bittet daher um Verweisung.

KA Geyer bestärkt die Ausführungen von Herrn Kowalczyk und verweist auf die langjährige Beratungshistorie dieser Thematik in der Kreispolitik. Die angeregten Daten und Analysen seien tatsächlich ein Thema für die kreisangehörigen Städte. Auch auf Kreisebene sei ein solcher Bericht zwar durchaus interessant, allerdings ohne das dazugehörige Interpretationsrecht nicht verwertbar; Ableitungen ohne Umsetzungsmöglichkeiten würden zu einem Ungleichgewicht zwischen Kosten und Nutzen führen. Abschließend bittet er um eine Einbringung solcher Anregungen über die Jugendräte der kreisangehörigen Städte in die Räte der kreisangehörigen Städte.

KA Köster-Flashar verweist den Kreisjugendrat auf durchaus gewinnbringende Datengrundlagen im Datenatlas NRW und anderen Publikationen. Sie bittet die Verwaltung, dem Kreisjugendrat entsprechende Links zur Verfügung zu stellen.

Landrat Hendele bekräftigt und ergänzt die Ausführungen von Herrn Kowalczyk, um den Aspekt der gegenwärtigen Belastungssituation der Dienststellen bzw. der vorhandenen personellen Ressourcen. Ein solcher Bericht führe zu einem enormen Aufwand bei der Datenerhebung, Berichtserstellung und Umsetzungsplanung, der gegenwärtig schlichtweg nicht leistbar sei. Ferner seien die Städte im Rahmen ihrer Zuständigkeiten anders orientiert und bessere Adressaten dieser Idee. Aufgrund der immensen Anzahl an Contra-Argumenten stehe er einer (weiteren) Beratung im Sozialausschuss kritisch gegenüber und bittet das Sprecherteam über ein Zurückziehen der Anregung nachzudenken.

KA Janssen erklärt, dass seine Fraktion auf städtischer Ebene dieser Anregung sicher zugestimmt hätte. Da der Kreis jedoch – wie von den Vorrednern ausgeführt – hier keinen Gestaltungsspielraum habe, würde er von einer Beratung im Sozialausschuss ebenfalls Abstand nehmen wollen. Er verstehe

die Intention von KA Ernst, allerdings führe dies zu keinem anderen Ergebnis. In diesem Zusammenhang appelliert KA Janssen an die Mitglieder des Kreisausschusses, dieses Thema in den kreisangehörigen Städten zu forcieren. Darüber hinaus ermutigt er den Kreisjugendrat, die entsprechenden Jugendgremien in den kreisangehörigen Städten mit dieser Thematik vertraut zu machen. An die Verwaltung richtet er die Bitte, in der nächsten Bürgermeisterkonferenz über die Anregung zu berichten. Landrat Hendele sagt dies zu.

Zudem verweist Landrat Hendele auf das verwaltungsseitig bereits unterbreitete Angebot für ein Treffen zwischen dem Sozialdezernat bzw. dem Sozialamt und dem Kreisjugendrat, welches bislang nicht angenommen worden sei. Er schlägt vor, dass das Thema „Sozial- und Armutsbericht“ in der übernächsten Sitzung des Kreisjugendrates nochmals – unter Teilnahme und fachlicher Unterstützung des Sozialdezernates bzw. des Sozialamtes – behandelt und näher beleuchtet werde.

Nach weiterer Beratung zieht das Sprecherteam die Anregung – mit Blick auf die verwaltungsseitigen Zusagen – zurück.

*Nachrichtlich:*

*Datenatlas NRW:*
*https://metropolregion-rheinland.de/datenatlas-2020-karten-und-grafiken/*

*Sozialbericht NRW:*
*https://www.sozialberichte.nrw.de/sozialberichterstattung_nrw/aktuelle_berichte/SB2020.pdf*